

## Vorstandsbeschuß

AfD-Kreisverband Fürth / Neustadt an der Aisch

16. Februar 2016

### **Mut zur Wahrheit: Uneingeschränkte Informationsfreiheit für mündige Bürger ist Grundvoraussetzung der Demokratie.**

Der Umgang mit den Gewalt- und Sexualdelikten an Silvester in Köln und anderen deutschen Städten hat nach Ansicht des Vorstandes der AfD Fürth/Neustadt a. d. Aisch das Vertrauen der Bevölkerung in Behörden und Medien beschädigt. Erst nach knapp einer Woche erfolgte eine den Vorfällen angemessene Information und Berichterstattung.

Dies wertet der AfD-Kreisvorstand als bedenklich für eine freie Presse und den demokratischen Prozess. Eine wahrheitsgetreue, ungefilterte und zeitnahe Information der Bürger ist eine unverzichtbare Grundvoraussetzung der Demokratie sowie des Ausbaus direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten.

Wir appellieren deshalb an Medien und Behörden, den Bürgern vollumfassende Informationsfreiheit zu geben, damit diese objektiv werten können. Hierzu gehört auch der freie Zugang zu Asylunterkünften für Journalisten. Die mündigen Bürger haben als Souverän des Staates ein Informationsrecht unabhängig vom betreffenden Sachverhalt. Dieses Recht fordert die AfD gemeinsam mit den Wählerinnen und Wählern ein.

Die AfD sieht hierin auch eine Voraussetzung für verantwortungsbewußte Volksabstimmungen, die in unseren Leitlinien verankert sind. Das Verschweigen von Tatsachen, politisch verengte Presseleitlinien oder tendenziöse Berichterstattung lehnt der AfD-Kreisvorstand genauso ab wie Hetze gegen gesellschaftliche und politische Minderheiten.

Er fordert daher alle Behörden und Medien des Landkreises auf, in Ihren Pressemitteilungen auch die Herkunft von Straftätern zu nennen. Das anfängliche Verschweigen der kriminellen Übergriffe von Flüchtlingen in der Kölner Silvesternacht und das Verschleiern der Täterherkunft schüren einen gefährlichen Generalverdacht gegenüber Medien und Migranten.

Behörden und Medien dürfen in ihrer Informationspolitik nicht Internetforen und sozialen Netzwerken hinterherhinken – wie an Silvester geschehen. Das Verschweigen von Tatsachen aus Gründen einer falsch verstandenen politischen Korrektheit führt zur selektiven Information und schlussendlich zur Zensur der Wahrheit.

Auch ist über linke Gewalt genauso klar zu berichten wie über rechte Gewalt. Ferner generell über ausländische Tatverdächtige genauso wie über Gewalt gegen Flüchtlinge und Ausländer. Niemals kann es dabei gerechtfertigt sein, Schutzsuchende zu verletzen. Für den Kreisvorstand sind politische Korrektheit oder wohlmeinende Bevormundung der Bürger keine Lösungen. Man macht sich damit nur zum Komplizen gesellschaftlicher Probleme.

**Eintimmig beschlossen auf der Kreisvorstands-Sitzung vom 16.02.2016 in Oberasbach**